

ren forciert. Dabei ist hervorzuheben, dass der Wirtschaftsliberalismus Solchagas, Almunias oder Boyers eingebettet ist ein umfassenderes Modernisierungsprojekt der spanischen Gesellschaft. Die Modernisierung erschöpft sich nicht in ökonomischer Liberalisierung, sie wird begleitet von einer sozialen Liberalisierung. Letztere schlägt sich nieder in der Legalisierung der Ehescheidung (1981), der (partiellen) Legalisierung der Abtreibung (1985), des Ausbaus öffentlicher Bildungseinrichtungen oder einer deutlichen Erhöhung der Sozialausgaben (1982: 38 %, 1996: 46 %). Alles Maßnahmen, die das linke Lager der regierenden Sozialisten vorantreibt (vgl. Pérez 2014: 66–71). Punktuelle Konflikte zwischen dem linken und dem rechten Lager der Sozialisten dürfen nicht verdecken, dass beide Lager an einem *übergreifenden* politischen *Projekt* partizipieren.<sup>16</sup> Es ist ein Projekt, der Ungleicher zusammenführt. Spaniens entstehender Wohlfahrtsstaat und seine sozialstrukturellen Veränderungen sind von Anfang an verknüpft mit einem expliziten Wirtschaftsliberalismus, den selbst die konservative Opposition regelmäßig als zu offensiv bewertet. In seinen Grundsätzen ist die Gleichung Modernisierung = Liberalisierung = Wirtschaftsliberalismus nicht nur der in Gesetzesform gegossene Wunsch einiger PSOE-Minister, sie wird zu einem übergreifenden Diskurs. Die Kultur der Transition erzählt es wie folgt: In den 1980er Jahren entfaltete sich »ein friedlicher Evolutionsprozess, der von einer rückschrittlichen und archaischen Gesellschaft sowie einem autoritären Regime hin zu einer fortschrittlichen Demokratie und einer modernen Gesellschaft führte« (del Campo/Tezanos 2008: 13).

### 2.3 Der neue Konservatismus, ein freiheitliches Projekt

Wir Spanier wollten uns damals unseren europäischen Nachbarn angeleichen. Wir sehnten uns nach einem offenen, integrierten und pluralen Land. Es gab also die Erwartung eines tiefgreifenden Wandels, es gab die Erwartung nach dem, was Ortega einen Horizontwandel nannte. Wir wollten in Freiheit leben und uns anders regieren, als wir bisher regiert worden waren.

(Rajoy 2003: 9)

Das Statement ist von Mariano Rajoy, 2011 bis 2019 spanischer Präsident und bei der Veröffentlichung der zitierten Schrift (2003) designierter Nachfolger von José María Aznar an der Spitze der konservativen Volkspartei *Partido Popular* (PP). Die zitierte Passage entstammt einem Artikel, in dem Rajoy sein Projekt vorstellt. Dort verteidigt er, dass der PP die Partei des Zentrums sei. Aus Sicht Rajeos ist es dem PP gelungen, zu einer großen

16 Man sollte, so Ysàs (2011: 28f.), die Lagerbildung von »Liberalen« und »Linken« in den González-Regierungen weniger als Konflikt denn als pragmatische Arbeitsteilung sehen. Das rechte Lager gestaltete die wirtschaftspolitischen Ressorts, das linke Lager verantwortete Reformen im Gesundheitsbereich, Bildungssystem und der Justiz.

Sammelpartei zu avancieren, die alle liberalen und konservativen Strömungen der spanischen Gesellschaft vereint (vgl. Rajoy 2003: 15). Die Volkspartei ist vergleichbar mit den anderen großen Mitte-rechts-Parteien Europas, besonders dem französischen UMP und der deutschen CDU. Kräfte, deren demokratische Grundüberzeugung und politischen Liberalismus niemand in Frage stellen würde. Und so reiht auch Rajoy in seinem Rückblick auf die Transition die spanischen Konservativen in die Reihen jener ein, die für den Regimewechsel von Diktatur zu Demokratie eintraten und sich nach einem »offenen, integrierten und pluralen Land« sehnten. Genauso wie die Mitte-rechts-Parteien der west-europäischen Nachbar- und Vorbildländer erscheint der PP als Bastion der Demokratie, als überzeugter Verfechter politischer Freiheiten.

Rajoys Plädoyer ist aber irreführend. Die Wurzeln des PP sind deutlich undemokratischer als die seiner westeuropäischen Schwesternparteien. In der Transition bleibt die Positionierung des PP ambivalent. Die Partei wird im Oktober 1976 als *Alianza Popular* (AP) von sieben Ministern des letzten Franco-Kabinetts gegründet. Der ehemalige Informations- und Tourismusminister Manuel Fraga wird 1976 Vorsitzender der Partei und bleibt dies bis 1986. In den Transitionsjahren lehnt die AP das Franco-Regime nicht ab, sondern beruft sich positiv auf seine Errungenschaften. Für die AP-Politiker hat der Franquismus 35 Jahre Frieden garantiert und seit den 1950er Jahren für einen Wirtschaftsaufschwung und zur Entfaltung einer breiten Mittelklasse geführt. So verteidigt die konservative Partei die franquistische Modernisierung als ihre fast schon natürliche Legitimitätsgrundlage, sie sucht die Unterstützung der Gesellschaftsschichten, die von der Franco-Diktatur profitiert hatten (vgl. Gallego 2008: 195). Das Projekt der AP für die Zeit nach Franco besteht zunächst in einer sogenannten *democracia a la española*, in der partiellen Ergänzung des autoritären Regimes mit liberaldemokratischen Elementen.

Aber die Kombination von Kontinuität und Wandel, vom Übergang zur Demokratie ohne Bruch mit der Diktatur, versinnbildlicht der junge, charismatische Adolfo Suárez und seine Zentrumspartei UCD glaubhafter als Fraga und die AP. Im Schatten von Suárez bleibt die AP minoritär, sie wird zur Klientelpartei der Nostalgikerinnen des Franquismus. 1978 lehnen fünf von 18 AP-Abgeordneten Spaniens neue Verfassung ab. Ihnen geht der Bruch mit dem Franco-Regime zu weit. Von der Anerkennung verschiedener Nationalitäten in Spanien bis zur Legalisierung von Abtreibung oder Scheidung schätzen sie die junge *constitución* skeptisch ein (vgl. Penella 2005: 347–360). Erst nachdem Anfang der 1980er Jahre die UCD aus internen Gründen implodiert, steigt die AP mit 25,6 Prozent zur konservativen Großpartei auf. Doch trotz dieses qualitativen Sprungs bleibt die AP in der Oppositionsrolle gefangen. Wahl auf Wahl revalidiert der PSOE seine Regierungsmehrheiten. Für die Konservativen stellt sich die Frage: Wie kann die sozialistische Vorrherrschaft gebrochen werden?

Dass sich die AP ab 1989 als *Partido Popular* neu ausrichtet, hängt maßgeblich mit dem Anspruch zusammen, ein konservatives Projekt gegen die Sozialisten aufzustellen und mehrheitsfähig zu machen. Die Ausrichtung von der AP zur großen Mitte-rechts-Partei geschieht ab Ende der 1980er Jahre und geht zu erheblichen Stücken auf die Impulse des neuen Parteivorsitzenden, José María Aznar, zurück. Ähnlich wie Felipe González 1982 – doch nun im konservativen Spektrum – verkörpert der Enddreißiger Aznar eine sowohl ideologische als auch generationale Wende. Die konservative Neuausrichtung unter Aznar verkapseln zwei wichtige Reden. Die erste ist die Konferenz im Kulturclub

*Siglo XXI* (1988), die zweite der Abschlussvortrag am X. Parteitag des PP (1990). In diesen Interventionen werden die Leitlinien skizziert, welche die Konservativen als liberale Kraft neu aufstellen sollen.

In der Konferenz »Ein Vorschlag für die rechte Mitte« im *Club Siglo XXI* im Februar 1988 lautet die Diagnose Aznars: Die Hegemonie des PSOE ist unbestreitbar, sie muss als Ausgangspunkt genommen werden. Auf der strategischen Ebene haben die Sozialisten Machtpositionen im Staat und in der Gesellschaft besetzt, sie haben sich gleichsam an der Macht verstetigt. Der PSOE ist nach Aznar deshalb derart erfolgreich, weil er auf ideologischem Terrain mittige, ja moderate Positionen integriert hat und damit der Rechten ihren natürlichen Raum strittig macht. Die Sozialisten folgen einem Catch-all-Projekt, das auch rechte Positionen vereinnahmt: »In der Wirtschaftspolitik wurde dem PSOE vorgeworfen – wir haben ihm vorgeworfen – nicht sein eigenes Programm einzuhalten und sich unser Programm einzuverleiben.« (Aznar 1988)<sup>17</sup>

Eine Alternative zu den Sozialisten könnte, so Aznar, der Liberalismus bieten. Eine liberale Politik würde gegenüber den Sozialisten den Anteil des Staates in der wirtschaftlichen Aktivität wie den sozialstaatlichen Ausgaben zurückfahren. Aznar geht vom Ideal eines schlanken und wenig interventionistischen Staates aus. Dieser soll seine Ausgaben reduzieren und die Arbeitslosengelder verringern, um auf diese Weise die Steuerzahlerinnen zu entlasten. Wenn man so will, konfrontiert der Konservative die liberale Wirtschaftspolitik der PSOE-Regierung mit einer *noch* liberaleren Vorstellung. Der spanische Staat ist für ihn noch immer zu schwerfällig und zu übermächtig, er muss weiter reformiert und verkleinert werden.

Das konstante Plädoyer Aznars dafür, dass sich der Staat zurückziehen und der Zivilgesellschaft die Hauptrolle überlassen soll, folgt einer spezifischen Maxime. Die Entschlackung der Verwaltung, die verstärkte Rolle der Regionalregierungen, die Durchführung von Effizienz- und Sparsamkeitsmaximen oder die Transparenz des öffentlichen Sektors stehen alle »im Dienste der Initiative, der sozialen Initiative, die Reichtum und Beschäftigung schafft, das heißt, im Dienste des Fortschritts« (ebd.). Die Reformvorhaben stehen, anders gesagt, im Zeichen der Entfaltung der freien Marktwirtschaft. Die soziale Initiative, auf die Aznar setzt, referiert nicht auf ehrenamtliche Tätigkeiten, sondern auf Arbeit, besonders auf die unternehmerische Initiative. Auch der Liberalismus Aznars ist ein Wirtschaftsliberalismus. Wo der Staat mit Adjektiven wie »schwerfällig«, »diskreditiert«, »aufgeblasen« oder »ineffizient« negativ codiert wird, wird die Marktwirtschaft als »dynamisch«, »frei«, »wertvoll«, »gesellschaftsbezogen« und »kompetitiv« aufgewertet (ebd.).

Die Gesellschaft, die Aznar stärken möchte, ist eine Marktgeseellschaft. Sie übernimmt gegenüber dem Staat die Hauptrolle, lässt aber zugleich nicht-ökonomischen Tätigkeiten *keinen* Raum. Aznar verteidigt einen Neoliberalismus, den zu jener Zeit Ronald Reagan und Margaret Thatcher popularisiert haben. An Aznars Intervention sticht weniger hervor, dass sie neoliberale Vorstellungen enthält als vielmehr, dass der Neoliberalismus als das zukünftige Auszeichnungsmerkmal des spanischen Konservatismus artikuliert wird. In dieser Hinsicht vermeidet Aznar klassische Begriffe wie »rechts«

<sup>17</sup> Da die Rede nur als Video mit geringer Ton- und Bildqualität verfügbar ist, wird auf Zeitangaben verzichtet.

oder »konservativ« und gebraucht stattdessen Konzepte wie mitte-rechts, liberal-konservativ oder, vor allem, liberal: »Ich glaube, dass ein eigenständiges politisches Projekt mit einem klar liberalen Profil möglich ist.« (Ebd.) Es soll ein Projekt sein, das sich »den Rechten und Freiheiten der Bürger« verpflichtet (ebd.).

Der Neoliberalismus bietet für die AP die Möglichkeit, sich zu regenerieren und zur modernen Rechten zu werden. Das große Problem der Konservativen nach dem Tod Francos war ihre Identifikation mit dem Regime. Eine Mehrheit ihrer Parlamentarier hatte – dies galt bis in die 1980er Jahre hinein – wichtige Posten im Franco-Regime bekleidet (vgl. Luz Morán 1989: 72f.). Dies sicherte der Partei zwar die Unterstützung einer bedeutenden Minderheit, verunmöglichte aber zugleich ihre Mehrheitsfähigkeit. Um zur Alternative des PSOE aufzusteigen, müssen nun die Konservativen das in Angriff nehmen, was den Sozialisten mit González so überzeugend gelungen ist: Zum Symbol des Neuen zu werden, Spaniens Fortschritt, Wohlstand und Europäisierung verkörpern. Um von einer »Strategie des Widerstandes zu einer Strategie des Sieges überzugehen«, so Aznars Formel (1988), muss sich die AP organisatorisch, ideologisch und personell erneuern, sie muss sich grundsätzlich verwandeln.

Die Modernisierung der AP bedarf der Verinnerlichung des Neoliberalismus, und sie bedarf desgleichen der Neuausrichtung zur Sammelpartei, die alle konservativen, liberalen und christdemokratischen Tendenzen in sich vereinigt. Die AP solle, so Aznar (ebd.), die »große liberal-konservative Synthese« verkörpern.<sup>18</sup> Das heißt organisatorisch, dass die Politik der Wahlbündnisse mit kleinen konservativ-liberalen Gruppierungen aufgekündigt und eine Integrationsstrategie verfolgt wird. Wer mit der AP zur Wahl antritt, muss sich in die Partei integrieren und ihre Postulate akzeptieren. Zudem müssen nach Aznar die Konservativen die Eingliederung in die Europäische Volkspartei (EVP) suchen. Es sei, so der Parteivorsitzende, überfällig, die internationale Isolierung zu überwinden und eine weit stärkere Kooperation mit den konservativen Kräften Westeuropas einzugehen. Die damit einhergehenden Zugeständnisse wären vertretbar, der Imagewandel durch die Mitgliedschaft in der EVP enorm (vgl. ebd.).

Im Abschlussvortrag des X. Parteitages des PP *Centrados con la libertad* (Zentriert mit der Freiheit) im April 1990 macht Aznar seine Vision zum Parteiprogramm. Zunächst geht er auf die Neugründung der *Alianza Popular* (AP) als *Partido Popular* (PP) ein. Die Bezeichnung eignet sich explizit den europäisch etablierten Namen Volkspartei an. Zwar führt der PP die Gründungsideen der AP fort. Mit der Neugründung beginnt aber zugleich eine neue, zukunftsgewandte Etappe. Das Abschlussplädoyer Aznars am Parteitag ist deutlich:

Mit der Neugründung der Partei bieten wir der spanischen Gesellschaft ein großes Projekt der Freiheit an. Wir haben volles Vertrauen in die Gesellschaft und bitten auch sie, uns Vertrauen zu schenken. [...] Wir möchten, dass die nun beginnende Etappe

18 Die Ambition, dass der PP die große konservative Sammelpartei sein müsse, hat Aznar auch nach seinem Rückzug aus der Politik immer wieder bekräftigt. Mehr noch: Aznars Ende der 1980er Jahre geprägte Formel griff ab 2019 der Vorsitzende der Konservativen, Pablo Casado, wieder auf, um zu unterstreichen, dass die rechtsliberale Partei Ciudadanos und die rechtspopulistische VOX mittelfristig in den PP integriert gehören.

uns definitiv als Regierungsalternative etabliert. Unsere Ideen und unser politisches Projekt gelten der gesamten spanischen Gesellschaft. (Aznar 1990: 24f.)

Was beim Vortrag im *Club Siglo XXI* von 1988 noch Aznars Zukunftsvision war, ist in der Abschlussrede des X. Parteitags Realität geworden. Der neugründete PP bietet der Gesellschaft ein ambitioniertes Projekt an, das sich um den Signifikanten der *Freiheit* dreht. Dabei ist bemerkenswert, wie Aznar den großen politischen Gegner, den PSOE von González, beschreibt. Für Aznar ist das sozialistische Projekt erschöpft. Es hat sowohl seine »ideologische Hegemonie« als auch seinen Charakter als »breiten historischen Block« eingebüßt und hält sich nur dank seiner parlamentarischen Mehrheit an der Macht (ebd.: 17). Aznar zieht eine Äquivalenz zwischen den Ostblockstaaten und dem PSOE, um hier wie dort das Ende des Sozialismus zu prophezeien. Der »erschöpfte PSOE« wird so sein einstiges Elan. Die Sozialisten erscheinen nicht mehr als Synonym für Wandel, sondern als eine erschöpfte Kraft, die »neuen Alternativen« zu weichen habe (ebd.). Um den PSOE an der Macht abzulösen, stilisiert ihn Aznar als Partei der Vergangenheit, wohingegen der PP die unverbrauchte Neuheit repräsentiert.

Um den PP als Regierungsalternative zu stilisieren, macht Aznar das Konzept einer *demokratischen Regeneration* stark. Das Projekt des PP steht für eine Revitalisierung des Verfassungsgeistes. Er möchte das Ansehen der Institutionen wiederherstellen, die Gewaltenteilung bekräftigen und das Bürgervertrauen in die Politik erneuern. Aznar verteidigt einen »neuen Politik- und Regierungsstil, der auf Dialog, Mäßigung und Toleranz basiert, so wie es der pluralen und offenen Gesellschaft entspricht, an die wir glauben« (ebd.: 22). Diese Zeilen lesen sich als der Kompromiss eines gemäßigten Liberalen mit dem Gesellschaftspluralismus – die franquistische Vergangenheit des PP und die partiinterne Bedeutungslosigkeit von Christdemokratie und Liberalismus bleiben dethematisiert. So wird der PP mit einem ideologisch erneuerten Antlitz versehen, die keine Demokratiefeindlichkeit, keinen Antipluralismus und keine Intoleranz (mehr) erlaubt. Die spanischen Konservativen verteidigen eine liberale Idee Europas, sie treten für Wettbewerb, Effizienz und Freiheit und gegen jede Form des Sozialismus ein (vgl. ebd.).

Zentriert mit der Freiheit – der Titel von Aznars Vortrag ist Programm. Die Freiheit ist der Dreh- und Angelpunkt des *Partido Popular*, und wird es jahrzehntelang bleiben.<sup>19</sup> Die Freiheit markiert für die Konservativen eine neue Etappe, namentlich ihre Neuerfindung als rechtsliberale Partei nach europäischem Muster. Die Artikulation des Freiheitsbegriffes gehorcht einem doppelten Impetus. Einerseits richtet er sich nach außen, er soll die ideologische Alternative zum PSOE sein. Gegenüber der (angeblich) interventionistischen und staatszentrierten Politik der Sozialisten verspricht der Freiheitsbegriff die Entfaltung des freien Marktes und den Rückzug des Staates. Die Freiheit ist die Chiffre für ein neoliberales Projekt, das sich auf die Erfolge Thatchers und Reagans beruft –

19 Wie schon eingangs das Plädoyer Rajoys von 2003 zeigte, haben die spanischen Konservativen den Signifikanten der Freiheit immer wieder stark gemacht. Besonders erfolgreich reaktiviert wurde er jüngst in den Madrider Regionalwahlen im Frühling 2021, als die konservative Ministerpräsidentin Isabel Díaz Ayuso mit den stark polarisierenden Lösungen »Sozialismus oder Freiheit« und »Kommunismus oder Freiheit« eine absolute Mehrheit errang. Damit wurde die alte Hoffnung des PP, eine Catch-all-Partei zu sein, wiederbelebt – freilich über den Umweg, ihrem Liberalismus eine rechtspopulistische Wendung zu geben (dazu: Kap. VII.2.b.).

und damit volle Modernität für sich beansprucht. Doch der Freiheitsbegriff richtet sich auch nach innen, er schließt die Reihen rund um eine neue Ideologie: »Freiheit für alle ist der Pfeiler unseres Projekts. Von der Erziehung bis zum Bewusstsein, von der Information bis zur Gesundheit. Diese Partei wird sich nie vor der Freiheit fürchten und den Bürgern nie eine Politik anbieten, die sich vor der Freiheit fürchtet«, so Aznar (1990: 24). Diese Verpflichtung auf das Freiheitsaxiom lässt sich auch als subtile Warnung nach innen lesen, es richtet sich gegen parteiinterne Nostalgiker des Franco-Regimes sowie Demokratieskeptiker. Der PP muss zu einer neuen Rechten werden, er muss sich, wie Aznar (1995: 243) einige Jahre später pointiert, in ein »junges, großes und modernes Zentrumsprojekt« verwandeln, das nicht mehr in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft blickt.

Mit der Neugründung als *Partido Popular* verpflichten sich, so bleibt festzuhalten, die Konservativen ab 1990 auf die Modernisierung Spaniens. Das Franco-Regime wird für sie endgültig zur Vergangenheit. Der PP blickt in die Zukunft, er möchte das politische System regenerieren, den Esprit der Transition revitalisieren und tiefgreifende Reformen angehen. Nach Aznar muss der PP abschließen, was der PSOE begann, ohne es zu vollenden: die gesellschaftliche Modernisierung. Die Konservativen werden zur Fortschrittspartei, die zwar die Sozialisten kritisiert, *de facto* aber fast gleichartigen Modernisierungsidealen folgt. PP und PSOE stehen beide für eine (neo-)liberale Wirtschaftspolitik, sie plädieren für ideologische Mäßigung, verteidigen die Verfassung und wollen Spanien in Westeuropa integrieren. Ihre Konfrontation erklärt sich eher durch ihre Ursprünge – Franco-Regime versus Opposition – als durch ihre konkret realisierte Politik. Diese Links-rechts-Konvergenz soll sich in den Zukunftsdekaden stabilisieren und dazu beitragen, ein imperfektes Zweiparteiensystem von PP und PSOE zu errichten. Doch was für Konsequenzen entfaltet der von beiden Volksparteien artikulierten Diskurs der Modernisierung für die Gesellschaft, nicht zuletzt für die benachteiligten Bevölkerungsgruppen?

## 2.4 Verdrängt: das Proletariat und der Konflikt

Die Modernisierung Spaniens wurde bisher als politischer Diskurs im engen Sinne dargestellt. Doch die Knotenpunkte von Liberalisierung, Markttöffnung und industriellem Abbau sozialstaatlicher sind mehr als entbettete Narrative. Sie kristallisieren in politische Entscheidungen, die Spanien verändern. Die gesellschaftlichen Folgen der von den regierenden Sozialisten vorangetriebenen Modernisierungspolitik werden in der Studie »Padres-Hijos. Dos generaciones de trabajadores españoles« (Vater-Söhne. Zwei Generationen spanischer Arbeiter) des US-amerikanischen Soziologen James Petras eindrücklich beschrieben.<sup>20</sup> Petras kommt 1995 als Gastwissenschaftler der öffentlichen

20 Die Schriften Petras sind ein äußerst kontrovers zu betrachten. War er zwischen den 1970er und 1990er Jahren ein zwar linker, doch akademisch durchaus anerkannter Sozialwissenschaftler, so nahm er spätestens ab 2006 mit der Monographie »The Power of Israel in the United States« Positionen ein, die manifest antizionistisch und antisemitisch geprägt waren. Seither sind Petras' Positionen immer weiter nach rechts abgedriftet und offenbaren eine eigenartige Mélange von Elitenkritik, Antisemitismus, Antimperialismus und Neonationalismus.